

Reichspost.

Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns.

Bezugspreise:
 täglich zweimaliger Zustellung für Wien: K 3.70
 monatlich 11.—
 vierteljährlich 22.—
 halbjährlich 42.—
 für Oesterreich-Ungarn:
 monatlich K 4.20
 vierteljährlich 12.—
 halbjährlich 24.—
 Bei täglich einmaliger Zustellung (das Morgenblatt zugleich mit der Nachmittagsausgabe des vorherigen Tages) für auswärts:
 monatlich K 3.70
 vierteljährlich 11.—
 halbjährlich 22.—
 Für Deutschland:
 vierteljährlich Kreuzbandsendung K 18.—
 und durch die Postämter laut dort auflegender Postzeitungsliste.
 Bänder des Weltpostvereines:
 vierteljährlich Kreuzbandsendung K 22.—
 und durch die Postämter laut dort auflegender Postzeitungsliste.

en, Dienstag den 28. März 1916

XXIII. Jahrgang

Herstellungen am Görzer Brüdertopf. Verluste der Russen bei Jakobstadt.

Wiederholte Bemühungen des Feindes gegen unsere Stellungen nordwestlich von Postawj scheiterten völlig.

Nachdem südlich des Narocz-Sees mehrfach starke Angriffe von Teilen dreier russischer Armeekorps abgeschlagen waren, traten westpreussische Regimenter bei Mokrzyce zum Gegenstoß an, um Artilleriebeobachtungsstellen, die beim Zurückbiegen unserer Front am 20. März verloren gegangen waren, zurückzunehmen. Die tapfere Truppe löste ihre Aufgabe in vollem Umfange. Hierbei sowie bei der Abwehr der feindlichen Angriffe wurden 21 Offiziere, 2140 Mann gefangen und eine Anzahl Maschinengewehre erbeutet.

Unsere Flieger belegten die Bahnhöfe von Düenburg, Wilejka und die Bahnanlagen an der Strecke Baranowitschi—Minsk mit Bomben.

Balkankriegsschauplatz:
 Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Schwere Schicksalsfragen.

Die wirtschaftspolitischen Annäherungsbestrebungen und die Landwirtschaft.

Von Professor Dr. Franz Sommeregger,
 Klagenfurt.

Das bisherige Ergebnis der Annäherungsbestrebungen¹⁾ ist ein fortwährendes Zurückweichen von den ursprünglich gesteckten Zielen. Zuerst war's die Zollunion mit Deutschland, dann zollpolitische Vorzugsbehandlung mit gemeinsamem Außentarif und gemeinschaftlicher Führung der auswärtigen Handelspolitik beim Abschlusse von Handelsverträgen gegenüber dritten Staaten. Schließlich wurde man noch bescheidener. Was angeblich übrig bleiben soll, ist eine Annäherung in zolltarifarischem Schema, Ausdehnung der Freiliste im Verkehr mit Deutschland, Ausgleichung und Vereinheitlichung des Wirtschaftsrechtes, größere Gemeinsamkeit in der Verkehrspolitik und eine gewisse einheitliche Linienführung in der auswärtigen Handelspolitik. An und für sich schätzenswerte Dinge, aber wir Freunde des Wirtschaftsbundes hätten uns etwas mehr erhofft. Vielleicht kommt bei den soeben schwebenden Regierungsverhandlungen auch etwas mehr heraus.

Die österreichische Landwirtschaft sollte vor allem zu den Vorkämpfern einer möglichst engen Annäherung gehören. Ihre wirtschaftlichen Interessen vertragen ganz zweifellos selbst die reine Zollunion. Unser agrarischer Handelsverkehr mit Deutschland überwiegt in der Ausfuhr ganz bedeutend und ist mit 600 Millionen Kronen nicht zu hoch gegriffen. Die Ausfuhr ist in der neuen Handelsvertragsperiode seit März 1906 zwar zurückgegangen, aber immer noch hoch bedeutsam und vor allem wieder steigerungsfähig. Nicht ein Verjagen der Landwirtschaft, die seit 1906 bedeutende Fortschritte machte, ist am Rückgange schuld, sondern ganz andere Umstände. Unsere rückständige wirtschaftspolitische Forschung ist den Umwälzungen in unserem inneren Wirtschaftsleben im letzten Jahrzehnte leider viel zu wenig nachgegangen, so interessant und richtunggebend lehrreich sie sind. Gewöhnlich begnügt man sich mit der ganz richtigen Darstellung, unser letzter Handelsvertrag mit Deutschland habe den Irrtum begangen, agrarischen Ausfuhrinteressen zuliebe, die man überschätzte, den industriellen

Zollschutz schädlicherweise herabzusetzen. Die Berechnung sei also doppelt falsch gewesen, die Agrarausfuhr sei zurückgegangen und die von der Industrie gebrachten Opfer seien vergeblich gewesen. Es gibt einen liberalen Volkswirtschaftler, der diese Auffassung nicht wie ein Axiom vertritt.

Wahr ist, daß nicht alle österreichischen Industrien den nötigen Zollschutz erlangten, andere dafür mehr als nötig. Das ist eine Sache, die die Industrien in erster Linie unter sich auszumachen haben. Andererseits ist es eine Phrase, die endlich einmal maustrat geschlagen werden sollte, als ob unsere Agrarier weiß Gott welche „Begünstigungen“ im Handelsvertrage mit Deutschland erlangt hätten. Unsere erhöhten Agrarzölle richteten sich nicht gegen Deutschland, das eine nennenswerte Agrarausfuhr nach Oesterreich nicht hatte. Die deutschen ebensoviel erhöhten Agrarzölle aber trafen unsere Ausfuhr ganz bedenklich. Die Differenzierung des deutschen Gerstenzollens war Rußland auf den Leib geschnitten, das die letzten Jahre für fast 300 Millionen Gerste nach Deutschland lieferte, während unsere vorher so blühende Gerste- und Malzausfuhr gewaltig zurückging. Ebensolche Schläge erlitt unsere starke Viehausfuhr nach Deutschland. Sie betrug

	1903	1913
an Ochsen	105.170 Stück	29.170 Stück
an Rühen	81.645 Stück	18.746 Stück
an Jungvieh	44.022 Stück	14.529 Stück

Man achtet diese Schäden der deutschen Zollpolitik für unsere Landwirtschaft viel zu gering. Es ist nicht richtig, den Rückgang unserer Agrarausfuhr überwiegend dem heimischen Unvermögen zuzuschreiben und der Erschwerung durch die gewaltig erhöhten deutschen Zölle zu vergessen. Zwar spielen die Veränderungen auf dem heimischen Konsummarkt beim Ausfuhrückgang vielleicht die führende Rolle und das ist keineswegs unerfreulich, im Gegenteil! Wenn sich (nach Pistor, S. 42) von 1906 bis 1912 der Weizenverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung von 82:2 auf 126:8 Kilogramm, der Roggenverbrauch von 68:0 auf 80:5, der Gerstenverbrauch von 49:8 auf 66:7 Kilogramm erhöhte, so sind das erfreuliche Anzeichen steigender volkswirtschaftlicher Kraft. Besonders unsere Alpenländer haben ein großes Interesse am erleichterten Handelsverkehr mit Deutschland, ihre geographische Lage weist sie dorthin. Solche Tatsachen lassen sich dauernd ohne schwere Schädigung nicht vergewaltigen. Sie haben es schwer empfunden, daß Deutschland seit 1879 sich in steigendem Maße von uns durch Zölle und veterinärpolizeiliche Bestimmungen abschloß.

Unsere Landwirtschaft würde beim engsten Anschlusse an Deutschland nur gewinnen, während sie für steigende Verluste auf dem deutschen Absatzmarkt in anderen Ländern kaum einen Ersatz fände. Was Deutschland an agrarischen Ausfuhrartikeln uns liefert, ist eine willkommene Ergänzung unseres Wirtschaftsbedarfes, nicht eine Konkurrenz. Zum Beispiel Kraftfutter- und Düngemittel, Sämereien usw. Es liefert uns auch für 25 Millionen Kronen landwirtschaftliche Maschinen, die unsere hochgeschätzte Maschinenindustrie mangels an Spezialisierung nicht liefern kann. Ein enges Handelsbündnis mit Deutschland würde uns auch zu begünstigten Abnehmern der blühenden, unschätzbaren deutschen Industrien für künstliche Düngemittel machen können und die unerschöpflichen deutschen Kalilager mit ihren Nebenindustrien unserer Landwirtschaft besser nutzbar machen. Am lohnendsten wäre die Einbürgerung deutscher agrarischer Betriebsweisen, die uns noch ungeahnte Wege des Fort-

¹⁾ Siehe „Reichspost“ Nr. 124.